

Schlag gegen mexikanisches Kartell

tjb. SÃO PAULO. Die mexikanische Armee hat am Sonntag den Anführer des Kartells Santa Rosa de Lima festgenommen. José Antonio Yépez Ortiz alias „El Marro“ („der Vorschlaghammer“) sowie weitere Mitglieder des Kartells wurden in einer kleinen Gemeinde im Bundesstaat Guanajuato gefasst. Bei der Operation beschlagnahmten die Sicherheitskräfte zahlreiche Waffen sowie Fahrzeuge und Bargeld. Außerdem befreiten sie eine entführte Unternehmerin. Laut dem mexikanischen Sicherheitsminister Alfonso Durazo wurde „El Marro“ in ein Hochsicherheitsgefängnis gebracht. Gegen ihn liegt ein Haftbefehl wegen organisierter Kriminalität und Benzindiebstahls vor.

Das Kartell Santa Rosa de Lima ist auf das Anzapfen von Öl- und Treibstoff-Pipelines spezialisiert. Daneben erbeutet es auch Geld mit Überfällen auf Gütertransporte sowie mit Erpressungen und Entführungen. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf den Bundesstaat Guanajuato im Zentrum Mexikos, wo sich eine der wichtigsten Raffinerien des staatlichen Erdölkonzerns Pemex und wichtige Anlagen der Automobilindustrie befinden. Im Bundesstaat hatte sich in den vergangenen Jahren der Konkurrenzkampf zwischen dem Kartell Santa Rosa de Lima und dem rasch expandierenden Kartell Jalisco Neue Generation zugespielt, was zu einem Anstieg der Gewalt führte.

„El Marro“ war vom kleinen Verbrecher zum Anführer aufgestiegen. 2017 übernahm er nach der Festnahme des bisherigen Anführers die Kontrolle des Kartells. Wegen des andauernden Benzinschlags und der zunehmenden Gewalt erklärte die Regierung von Präsident Andrés Manuel López Obrador das Kartell Santa Rosa de Lima zu einem ihrer obersten Ziele. Die Festnahme von „El Marro“ schien schon länger nur noch eine Frage der Zeit. Im vergangenen Jahr hatte sich die Schlinge immer enger um den Kartellboss gezogen. Mehrere Schläge seitens der Sicherheitskräfte sowie der blutige Revierkampf gegen das Jalisco-Kartell schwächten seine Position.

Sicherheitsexperten werten die Festnahme von „El Marro“ als einen großen Erfolg für die Regierung, der das Ende des Kartells Santa Rosa de Lima bedeuten könnte. Allerdings ist nicht vorhersehbar, welche Konsequenzen die Zerschlagung des Kartells nach sich zieht, da das Territorium nun in die Hände anderer krimineller Organisationen fallen dürfte.

Bär M49 macht wieder Probleme

rüb. ROM. In der norditalienischen Provinz Trentino spitzt sich ein Streit über den Umgang mit Bären zu. Am Wochenende erstattete der Tierarzt Alessandro de Guelmi aus Trient Strafanzeige gegen unbekannt, weil er im Internet mit dem Tode bedroht worden war, mutmaßlich von militanten Tierschützern. Auslöser für die Eskalation ist der abermalige Ausbruch des Bären M49 aus dem alpinen Tierpflegzentrum Casteller am 26. Juli, bei dem das knapp 170 Kilogramm schwere Tier zwölf Millimeter dicke Gitterstäbe verbogen hatte. Gut ein Jahr zuvor war M49 schon einmal aus dem Gehege ausgebrochen, seinerzeit über einen – mittlerweile verstärkten – Elektrozaun, und hatte während seiner neunmonatigen Flucht Nutztiere gerissen.

Der Tierarzt aus Trient wird nun im Internet beleidigt und bedroht, weil er vergangene Woche in einem Interview mit der Trienter Tageszeitung „L'Adige“ die Ansicht geäußert hatte, es sei „würdevoller“ für den Bären, den er gut kenne und sehr schätze, wenn man ihn in freier Wildbahn erschießt, statt ihn abermals einzufangen und einzusperren. „Ein Bär, der das Leben in freier Wildbahn kennt, lässt sich nicht einsperren“, sagte de Guelmi. Andererseits werde sich der Bär auch nicht davon abbringen lassen, immer wieder die Nutztiere zu reißen, Bienenstöcke zu plündern und Menschen gefährlich nahe zu kommen. Für Schäden, die M49 allein während seiner Flucht im vergangenen Jahr angerichtet hat, musste die öffentliche Hand mehr als 45 000 Euro Schadenersatz zahlen.

De Guelmis Einlassungen wurden kontrovers diskutiert. Der italienische Umweltminister Sergio Costa, der M49 den Beinamen „Papillon“ – nach dem Ausbrecherkönig in dem gleichnamigen Roman – gegeben hat, sprach sich gegen den Abschuss aus: „Er hat nie jemanden angegriffen.“ Der Präsident der Provinz Trentino, Maurizio Fugatti, fordert dagegen eine Reduzierung der Bärenpopulation. M49 ist nicht das einzige Exemplar, das Probleme macht. Ende Juni griff am Monte Peller ein inzwischen als Bärin J14 identifiziertes Weibchen mit drei Jungen im Gefolge zwei Wanderer an. Provinzpräsident Fugatti gab das Tier zum Abschuss frei, ein Gericht hat die Abschussgenehmigung aber vorerst außer Kraft gesetzt.

Im Rahmen eines von der EU geförderten Projekts war 1999 ein Dutzend Jungbären aus Kroatien und Slowenien in Norditalien ausgesetzt worden, um die Tiere in der Dolomiten- und Alpenregion wieder heimisch werden zu lassen. Im Trentino leben heute etwa 100 Bären. Das sind wesentlich mehr als die angepeilte stabile Population von 60 Tieren.



Standhaft: Auf der neuen Sankt-Georgs-Brücke, die am Montag eröffnet wurde, können nun Autos und Lastwagen über den Fluss Polcevera fahren.

Foto EPA

Solider Neuanfang auf 18 Pfeilern

Wie gut, dass die neue Autobahnbrücke von Genua ihren ersten Belastungstest schon am 23. Juli bestanden hatte: 56 Lastwagen mit fast 2500 Tonnen Gewicht hatten die Statik der 1067 Meter langen Konstruktion, entworfen vom Genueser Architekten Renzo Piano, erfolgreich auf die Probe gestellt.

Hätten auch Metaphern der Wiedergeburt und der Zukunftshoffnung ein messbares Gewicht, der Stresstest bei der Einweihungszeremonie am Montagabend wäre noch härter ausgefallen. Alles spricht dafür, dass die neue Sankt-Georgs-Brücke über den Fluss Polcevera, die aus 50 bis 100 Meter langen Stahlträgern besteht, die auf 18 bis 45 Meter hohen Betonpfeilern ruhen, auch unter den überzogenen Erwartungen nicht ins Wanken gerät. Nachts

wird die Brücke von 43 Scheinwerfern beleuchtet. Jedes Licht soll an eines der 43 Opfer erinnern, die beim Einsturz der Morandi-Brücke am 14. August 2018 ihr Leben verloren hatten.

Die Eröffnung der neuen Brücke ist ein wichtiger Schritt für die vom permanenten Verkehrskollaps bedrohte Hafenstadt auf dem Weg zu weniger chaotischen Verhältnissen. Für die buchstäblich zwischen dem Meer und den Bergen eingeklemmte Stadt bedeutete die Durchtrennung ihrer wichtigsten Verkehrsader Verluste von rund sechs Millionen Euro täglich. So hat es Bürgermeister Mario Bucci errechnet. Die Regierung in Rom ernannte ihn zum Kommissar für den Brückenneubau, und nur dank seiner Sondervollmachten konnte sich der einstige Manager

eines Pharmaunternehmens beherrzt durch das Gestrüpp der italienischen Bürokratie schlagen. In genau 310 Arbeitstagen, an denen rund um die Uhr gearbeitet wurde, konnte das 202 Millionen Euro teure Bauwerk fertiggestellt werden. Nur an Weihnachten ruhten die Arbeiten. Gewöhnlich dauert es in Italien 16 Jahre, bis Projekte mit einer Bausumme von mehr als 100 Millionen Euro realisiert werden.

Die neue Brücke ist nur ein Element bei dem Mammutvorhaben, die Infrastruktur der ligurischen Hauptstadt für die Zukunft zu rüsten. Weil bei Inspektionen der Tunnel und Brücken der Zufahrtstraßen Genuas zahlreiche Mängel festgestellt worden waren, wird seit zwei Jahren allenthalben repariert und saniert. Das Ergebnis sind kilometer-

lange Staus und stundenlange Zeitverluste im Personen- und Güterverkehr. Eine große Umgehungsstraße zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs ist seit Jahrzehnten in Planung, und sie wird seit Jahrzehnten von jenen politischen Kräften verhindert, die jetzt den Neubau der Polcevera-Brücke bejubeln und die Wiederverstaatlichung der vor zwei Jahrzehnten privatisierten italienischen Autobahnen vorantreiben.

Auch unterhalb der Brücke wird noch gebaut. Ein vom Mailänder Architekten Stefano Boeri entworfenen Park soll zur zentralen Gedenkstätte für die Opfer der Tragödie werden. Die Hinterbliebenen blieben der Eröffnungszereemonie am Montag fern. Anders als für die eingestürzte Morandi-Brücke gab es für ihren Verlust keinen Ersatz. rüb.

Amerikas Kinderbräute

In den Vereinigten Staaten werden immer wieder Mädchen mit älteren Männern verheiratet. Oft ist das schlicht Missbrauch.

Von Christiane Heil, Los Angeles

Eine Feier und Blumen gab es nicht, anstelle eines weißen Hochzeitskleids trug Donna Pollard Schwarz. Ihr Ehemann, den die Amerikanerin heute „Täter“ nennt, kopierte ihre Geburtsurkunde, setzte sie ins Auto und fuhr mit ihr zu einem Standesamt nach Tennessee. „Die Standesbeamtin sah uns nicht mal an. Sie fragte nur, wer von uns minderjährig sei. Ich hatte das Gefühl, völlig die Kontrolle über mein Leben zu verlieren“, erinnert sich Pollard an ihren Hochzeitstag vor 20 Jahren. Sie war damals 16 Jahre alt, ihr Bräutigam 31. Ohne Trauschein wäre er wegen Sex mit einer Minderjährigen verurteilt worden. „Mit Liebe und Romantik hatte das Ganze nichts zu tun. Er hat mich geheiratet, um mich legal sexuell auszunutzen.“

Pollard ist eine von fast 250 000 Kinderbräuten, die laut der Hilfsorganisation Unchained At Last in den Jahren 2000 bis 2010 in den Vereinigten Staaten verheiratet wurden. Obwohl das amerikanische Außenministerium Eheschließungen mit Minderjährigen auf der ganzen Welt als Menschenrechtsverletzung verurteilt, treten in mehr als 40 Bundesstaaten weiterhin Kinder vor Standesbeamte – meist Mädchen, die ältere Männer heiraten.

Donna Pollard hatte ihren späteren Ehemann in einer Einrichtung für psychisch angeschlagene Jugendliche in Indiana kennengelernt. Er war in dem Heim angestellt, sie wurde dort nach dem Tod ihres Vaters vorübergehend untergebracht. „Ich war damals 14, er 29. Er traf alle Entscheidungen.“ Pollards Mutter, die im benachbarten Kentucky wohnte, stimmte der Heirat zu. „Für sie war eine Hochzeit mit 16 Jahren völlig normal. Sie selbst war als Dreizehnjähri-

ger verheiratet worden.“ Gerade in ärmlischen, ländlichen Regionen der Vereinigten Staaten wie Kentucky, wo die heute 36 Jahre alte Pollard aufwuchs, gilt die Ehe noch immer als Versorgungsgemeinschaft. „Wenn die Tochter unter der Haube ist, fällt sie ihrer Familie nicht weiter zur Last“, sagt Pollard. In Kentucky, bekannt für Kohle, Whiskey und Viehzucht, liegt das durchschnittliche Haushaltseinkommen bei etwa 50 000 Dollar, mehr als 12 000 Dollar unter dem Landesdurchschnitt. Nach einer Studie der Universität von Kentucky in Louisville wurden in den Jahren 2000 bis 2015 allein in dem Südstaat fast 11 000 Mädchen verheiratet.

Dabei sind „Child Marriages“ in Amerika eigentlich nicht erlaubt. In den meisten Bundesstaaten liegt das Mindestalter für den Gang zum Standesamt bei 18 Jahren. Doch es gibt zahlreiche Ausnahmen. Zu den „außergewöhnlichen Umständen“, die es in Bundesstaaten wie Kalifornien, Florida und Idaho erlauben, minderjährig zu heiraten, gehören elterliche Zustimmung, Schwangerschaft oder die Geburt eines Kindes. Einige Staaten verlangen das Einverständnis eines Richters oder Standesbeamten. Nur New Jersey und Delaware gewähren keinerlei Ausnahme.

Nach jahrelangem Druck von Gegnern der Kinderheirat verabschiedeten in den vergangenen Monaten auch Minnesota und Pennsylvania Gesetze, die „ex-

ceptional circumstances“ einen Riegel vorschieben. Donna Pollard schreibt die Entwicklung vor allem der #MeToo-Bewegung zu, die im Herbst 2017 nach den Missbrauchsvorfällen gegen den Hollywood-Produzenten Harvey Weinstein losbrach: „Viele Kinderbräute fühlten sich durch #MeToo ermutigt, das eigene Schicksal öffentlich zu machen. Denn Ehen zwischen jungen Mädchen und älteren Männern haben viel mit Gewalt und Abhängigkeit zu tun.“

Pollard selbst versuchte immer wieder, von ihrem Ehemann loszukommen. Da sie minderjährig war, fand sie aber keine eigene Wohnung. Bewerbungen an der Highschool, an der sie ihre Ausbildung beenden wollte, wurden mit Bemerkungen über ihre Ehe und eine mögliche Schwangerschaft abgelehnt. Kurz nach ihrem 18. Geburtstag brachte Pollard tatsächlich ein Kind zur Welt. Bei der Scheidung drei Jahre später gab sie das Sorgerecht auf. „Die Beziehung zu meiner Tochter ist abgebrochen, aber ich gebe die Hoffnung nicht auf“, sagt Pollard. „Sie ist heute 18 Jahre alt und noch nicht verheiratet. Zumindest wurde die Tradition von Kinderehen in meiner Familie beendet.“

Mit der von ihr gegründeten Organisation Survivors' Corner unterstützt Pollard Initiativen verschiedener Bundesstaaten, Mädchen eine Hochzeit zu ersparen. Mit ihrer Unterstützung verabschiedete Kentucky vor zwei Jahren

ein Gesetz, das ein Mindestalter von 18 Jahren verlangt. Falls eine Siebzehnjährige heiraten will, darf der Altersunterschied zum Bräutigam höchstens vier Jahre betragen. Ein Richter muss prüfen, ob die Minderjährige die Schule abgeschlossen hat und einer Arbeit nachgehen kann. Zudem sieht das Gesetz vor, verheiratete Siebzehnjährige für volljährig zu erklären. „Als ich den Täter damals verlassen wollte, durfte ich als Minderjährige keinen Mietvertrag unterschreiben. Das ist jetzt vorbei“, sagt Pollard.

Auch Tennessee und Indiana sind inzwischen nachgezogen. Anfang Juli hob Indiana das Mindestalter für den Gang zum Standesamt von 15 auf 16 Jahre an. Außerdem verlangt der Staat die Zustimmung eines Jugendgerichts, eine Eheberatung sowie mindestens 15 Tage Wartezeit zwischen Antrag und Hochzeit.

Die Bemühungen, Kinderehen einzudämmen, treffen aber auch auf Widerstand. In Kalifornien, eigentlich bekannt für fortschrittliche Ideen, scheiterte die Kampagne für ein Heiratsverbot vor dem 18. Geburtstag an Organisationen wie Planned Parenthood und dem Nationalen Zentrum für Jugendgesetz. Auch die American Civil Liberties Union verwies auf unangemessene Eingriffe in das Recht zur Eheschließung: „Uns fehlen Beweise, die die Schwere des Problems belegen.“ Wie Michigan und Mississippi gehört Kalifornien zu den Staaten, die weiterhin auf ein Mindestalter für Bräute verzichten.

Vereine wie Unchained At Last, Tahiri Justice Center und Pollards Survivors' Corner machen derweil auf eine bedenkliche Entwicklung aufmerksam: den Anstieg von Kinderehen während der Corona-Pandemie. Um Infektionen zu verhindern, erlauben New York und weitere Bundesstaaten vorübergehend virtuelle Gänge zum Standesamt. „Ob ein Mädchen aus religiöser Tradition, als Opfer sexueller Gewalt oder um eine Schwangerschaft zu kaschieren zur Hochzeit gedrängt wird, ist für den Standesbeamten am Bildschirm kaum zu erkennen“, sagt Pollard.

Nach einem verspäteten Schulabschluss studiert Donna Pollard inzwischen an der Brandeis School of Law in Louisville. Als Anwältin möchte sie künftig nicht nur Kinderbräuten helfen. „Ich wurde durch die Hochzeit mit dem Täter traumatisiert“, sagt Pollard. „Am schwersten hat es aber meine Tochter getroffen. Sie bekam eine Mutter, die selbst noch ein Kind war.“

Bewährung für tödlichen Unfall bei Tempo 300

reb. DÜSSELDORF. Mehr als ein Jahr nach einem Raserunfall mit Tempo 300 hat das Amtsgericht Essen am Montag einen 25 Jahre alten Mann wegen fahrlässiger Tötung zu 14 Monaten Haft auf Bewährung, einer Geldstrafe in Höhe von 25 000 Euro sowie 500 Sozialstunden verurteilt. Zudem entzog das Gericht dem Mann die Fahrerlaubnis, zwei Jahre lang darf er keinen neuen Führerschein machen.

Laut Urteil hatte der junge Mann am späten Abend des 20. März 2019 auf der Autobahn 52 in Essen an einer Bodenwelle die Kontrolle über seinen 570 PS starken Sportwagen der Marke McLaren verloren und die Leitplanke durchbrochen. Bei dem Unfall wurde die 18 Jahre alte Beifahrerin aus dem Fahrzeug geschleudert und tödlich verletzt. Der junge Mann hatte den McLaren erst zwei Tage zuvor geleast. Auf dem Teilstück der A 52 in Essen gilt keine Geschwindigkeitsbegrenzung; nach einem Gutachten war der Mann mit einer Geschwindigkeit zwischen 286 und 314 Kilometern in der Stunde unterwegs gewesen. Einen technischen Defekt hatte der Gutachter als Unfallursache ausgeschlossen.

In ihrer Urteilsbegründung bescheinigte die Richterin dem Angeklagten am Montag, er habe die im Straßenverkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht gelassen: „Die Autobahnen sind nicht dafür ausgelegt, hemmungslos darauf herumsuzusen.“ Zudem attestierte das Gericht dem Mann ein hohes Maß an Selbstüberschätzung, geistiger Unreife und Rücksichtslosigkeit.

Mit 3,5 Promille am Steuer eingeschlafen

dpa. REGENSBURG. Mit mehr als 3,5 Promille Alkohol im Blut ist ein Autofahrer an einer Tankstelle in Regensburg eingeknickt. Mit im Auto saß sein neun Jahre alter Sohn, wie die Polizei am Montag mitteilte. Ein Angestellter der Tankstelle hatte am Freitagabend die Beamten alarmiert, weil er fürchtete, dass der Betrunkenen nach dem Ölauffüllen wegfahren würde. Als die Polizisten an der Tankstelle ankamen, entdeckten sie den Mann schlafend auf dem Fahrersitz. Nach einem ersten Alkoholtest brachten Rettungskräfte den Mann ins Krankenhaus. Bei den Ermittlungen stellte sich heraus, dass der Mann keinen Führerschein mehr hat – den hatten ihm die Behörden wegen früherer Alkoholvergehen entzogen. Den Jungen brachten die Polizisten nach Hause zu seiner Mutter.

Kurze Meldungen

Pan Tau kehrt zurück

In den siebziger Jahren war Pan Tau einer der beliebtesten Helden im Kinderfernsehen, nun kehrt er mit neuen Gesichtern auf den Bildschirm zurück. Der Start ist in diesem Herbst in der ARD geplant, wie der Sender am Montag mitteilte. An die Stelle des 1992 gestorbenen Hauptdarstellers Otto Šimánek (Foto links) tritt der englische Stand-up-Comedian und Zauberer Matt Edwards (rechts). Nach Angaben der ARD wurden die 14 Episoden des Se-



Foto dpa

rie mit britischen und deutschen Schauspielern in englischer Sprache in Deutschland gedreht. Zu den bekannten neuen Gesichtern aus Deutschland zählen etwa Valerie Niehaus, Armin Rohde und Bettina Lamprecht. Zwischen 1970 und 1978 hatte Pan Tau in 33 Episoden – stets wortlos – viele Abenteuer erlebt und jede Menge Chaos verbreitet. Wenn nötig, konnte er auf die Zauberkräfte seiner magischen Melone auf dem Kopf zurückgreifen. dpa

Benedikt XVI. ist krank

Benedikt XVI. soll nach seiner Regensburg-Reise aus Sterblichkeit seines Bruders Georg schwer erkrankt sein. Der emeritierte Papst leide seit seiner Rückkehr in den Vatikan an einer Gesichtsröte, berichtete die „Passauer Neue Presse“ am Montag unter Berufung auf den Papst-Biographen Peter Seewald. Der Münchner Autor habe Benedikt am Samstag seine im Mai erschienene Biographie „Benedikt XVI. – Ein Leben“ überreicht. Bei dem Treffen soll sich der Dreißigjährigen trotz der Viruserkrankung optimistisch gezeigt haben. Sein schon verfasstes geistliches Testament solle nach seinem Tod veröffentlicht werden. Als seine letzte Ruhestätte habe er die frühere Grab des heiligen Johannes Paul II. in der Krypta des Petersdoms verfügt. KNA